

Fellner zerlegt ÖVP-Klubobmann WÖGINGER

„Das ist doch eine Schnapsidee“

Wenn Sie geglaubt haben, daß das Interview von Armin Wolf mit Bundeskanzler Sebastian Kurz der härteste Schlagabtausch diese Woche war, müssen wir Sie enttäuschen. Für das schärfste Interview diese Woche sorgte oe24-Chef Wolfgang Fellner mit ÖVP-Klubobmann August Wöginger.

Wien, 04. Dezember 2020 | „Des Kanzlers schärfste Waffe“: so begrüßte Wolfgang Fellner den ÖVP-Klubobmann August Wöginger am Donnerstag zur Interview-Reihe „Fellner Live“. Die ansonsten „scharfe Waffe“ der ÖVP agierte am Donnerstag aber wie ein stumpfes Buttermesser. Fellner wollte gleich einmal zu Beginn von Wöginger den Neuwahltermin wissen, denn „der kann ja nicht mehr so weit weg sein, so wie die Fetzen in der Koalition fliegen“.

„Bundeskanzler in die Gosch'n gefahren“

Der oe24-Herausgeber spielte damit auf die Maßregelung von Grünen-Chef Werner Kogler in Richtung Bundeskanzler an, nachdem dieser behauptete, daß die Sommerinfektionen auf Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen seien. Wöginger negierte, dass Neuwahlen vor der Tür stehen würden, das Klima in der Koalition sei gut. Doch Fellner schoss nach: „Es geht ja auch um die Art, wie man miteinander umgeht und daß ein Vizekanzler seinem Bundeskanzler dermaßen über die Gosch'n gefahren ist, das hat's ja in der Republik noch nie gegeben.“ Fellner wisse ja, „daß ihr Bundeskanzler auf 100 ist, der will ja nicht mehr mit denen weiterregieren“. Wöginger war bedacht darauf, Ruhe ins Gespräch zu bringen: „Das sollte man nicht überinterpretieren.“ Fellner darauf schlagfertig: „Na, ich glaub das kann man gar nicht unterinterpretieren.“

Fellner grätscht Wöginger in den Spin

Wöginger versuchte des Öfteren die heile Welt in der Koalition darzustellen, doch Fellner grätschte stets dazwischen: „Das glauben aber nur Sie“. Immer wieder bohrte Fellner bei Wöginger nach. In der Koalition würden „die Fetzen fliegen“. Wöginger: „Na, das stimmt

ja nicht.“ Fellner nahm Wöginger auch aufgrund der zahlreichen Fehler im grünen Gesundheitsministerium in die Pflicht, dort würde es ja zugehen „wie bei MA 2412“, für das müßte sich der Klubobmann des Regierungspartners „in Grund und Boden genieren“. Wöginger verteidigte, in der Koalition würde „das Beste aus beiden Welten“ abgebildet werden. Fellner: „Wo?“ Wöginger darauf: „Im Regierungsprogramm.“ Fellner: „Na gut von dem kriegen wir ja nichts mit momentan.“

***Allen seinen Lesern und
Freunden wünscht der Wiener
Beobachter ein frohes Fest
und ein gutes 2021.
Wie Sie wissen, sind wir nur
und ausschließlich von den
Spenden unserer Leser
abhängig – daher unsere Bitte:
Helfen und unterstützen Sie
uns auch im neuen Jahr.***

Identitäre und Chef Sellner stürmten ÖVP-Zentrale

***Rechtsextreme Identitäre kletterten auf
Fassade der ÖVP-Bundesparteilzentrale.***

Auf ÖSTERREICH-Anfrage bestätigt VP-Generalsekretär Axel Melchior, daß Rechtsextreme auf der Fassade der VP-Zentrale kletterten. Insgesamt waren es sieben Identitäre, die am Samstagmorgen in der Lichtenfelsgasse 7 zur Tat schritten.

Vermummt kletterten sie an einer Leiter hoch zur gehissten EU-Flagge und hängten stattdessen eine Identitären-Flagge auf. Polizei und Feuerwehr waren rasch vor Ort.

Neben Martin Sellner schaffte es noch ein Zweiter nicht, rechtzeitig davonzulaufen und wurde von der Polizei angehalten. Melchior vermutet eine Racheaktion, weil die Regierung vor einigen Tagen ankündigte, die Symbole der Identitären Bewegung zu verbieten: „Das ist eine brandgefährliche Organisation. Ihr darf kein Platz gegeben werden.“

Regierung verliert weiter- Grüne nur mehr fünfter

Die neueste „research affairs“ – Umfrage zeigt ein Bild, daß sich bereits seit Monaten abzeichnet. Die Regierungsparteien verlieren weiter an Zustimmung. Die Grünen liegen bereits hinter den NEOS.

Nur mehr 50 Prozent der österreichischen Bevölkerung würden laut der neuesten „research affairs“-Umfrage die beiden Regierungsparteien wählen. Im Frühling kamen ÖVP und Grüne, durch das Corona-Hoch, noch auf bis zu 64 Prozent in den Umfragen und kratzten an einer Verfassungsmehrheit. Im Herbst folgte der Absturz für die Bundesregierung.

Die Verluste für Türkis-Grün zeichneten sich auch bereits in der letzten Umfrage des Meinungsinstituts „unique research“ ab, auch hier kamen die Regierungsparteien im November auf nur 50 Prozent.

Grüne hinter NEOS

Besonderer Verlierer in der Dezember-Umfrage sind die Grünen. Mit zehn Prozent liegen sie nach dem Hoch von bis zu 19 Prozent, nun sogar hinter den NEOS, die mit elf Prozent am Juniorpartner der ÖVP vorbeiziehen. Auch die Volkspartei verliert weiter. Einen Prozentpunkt büßen die Türkisen im Vergleich zum November ein und kommen nun auf 40 Prozent.

Die SPÖ liegt weiterhin mit 22 Prozent auf Platz zwei und damit knapp über dem Nationalratswahlergebnis von 2019 (21,2 Prozent). Die FPÖ gewinnt einen Prozentpunkt hinzu und kommt nun auf 13 Prozent, drei Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 2019.

Das Team HC Strache würde österreichweit auf zwei Prozent kommen.

Neos-Bildungsstadtrat Wiederkehr will Kruzifixe in Schulen verbieten

Für einen ersten handfesten Skandal brauchte der frischgebackene Wiener Vizebürgermeister und Bildungsstadtrat (!) nicht allzu lange: In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin profil schlug der Neos-Chef vor, Kindern unter 14 Jahren das Tragen eines Kreuzerls an der Halskette in Schulen zu verbieten. Wiederkehr verglich dazu die christliche Halskette mit Kopftuch und Burka.

Kein Kopftuchverbot, solange christliche Symbole erlaubt sind

Angesprochen auf das vor wenigen Tagen vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene Kopftuch-Verbot in Schulen für Kinder unter 14 Jahren forderte Wiederkehr:

Man könnte darüber diskutieren, bis zur Religionsmündigkeit alle religiösen Zeichen an Schulen zu untersagen.

Das gelte auch für Kreuzchen an Halsketten,

...wenn es zu sehen wäre und man sich auf Gleichbehandlung aller Anschauungen einigt. Ja. Ich bin für einen säkularen Staat, der alle Religionen gleich behandelt und nicht je nach Wetterlage einzelne ,rauspickt und diskriminiert.

Wiederkehr jubelte über Ende des Kopftuchverbots für Kinder

Im Wahlkampf zur Wien-Wahl ließ der neu gekrönte Neos-Landeschef immer wieder mit außergewöhnlich linken Aussagen aufhorchen. Seit der ehemalige Politikwissenschafts-Student in Amt und Würden ist, scheint ihn nichts mehr zu bremsen, und er lässt seinem radikal-linken Gedankengut stärker denn je freien Lauf. Erst vor wenigen Tagen sorgte er mit allzu großer Jubelstimmung nach dem Ende des Kopftuchverbots in Pflichtschulen für Kopfschütteln.

Für FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss war mit dieser Aussage eine rote Linie überschritten: „Es ist unfassbar, ein kleines Kreuz mit dem islamischen Kopftuch bei Kindern zu vergleichen, das als Symbol der Unterdrückung von Frauen und für die Sexualisierung von Mädchen im Kindesalter steht.“

„Ich bin selbst ein Kind eines Flüchtlingskindes“

Der Profil-Aufreger ist aber nur die letzte schräge Aussage, die Wiederkehr bei einem Interview von sich gibt. Über den ganzen Gemeinderatswahlkampf hatte der Neos-Spitzenkandidat lautstark gefordert „Kinder aus Moria“ nach Österreich zu holen. Bei einem denkwürdigen Interview im ORF gerierte sich der Jungpolitiker, dessen Eltern aus Ungarn und Frankreich stammen, dann selbst als „Kind eines Flüchtlingskindes“ und Beispiel gelungener Integration.

SCHLEPPER GESTOPPT

Wien: 13 Flüchtlinge in Kleintransporter entdeckt

Am Dienstagabend ist auf der Floridsdorfer Brücke in Wien ein mutmaßlicher Schlepper festgenommen worden. Bei der Kontrolle seines Kleintransporters stießen die Polizisten auf 13 Männer, darunter ein Minderjähriger.

Die 13 Personen, die nach eigenen Angaben von Syrien nach Deutschland unterwegs waren, stellten Asylanträge. Der mutmaßliche Schlepper hat einen aufrechten Asylstatus in Deutschland.

Der 44-jährige Lenker aus Syrien wurde in eine Justizanstalt gebracht.

Gerald G. Grosz

Vor gut einem Jahr, im November 2018 schwappte die Klimahysterie eines Mädchens über den Tellerrand des kleinen Schwedens in die Welt, erfasste die sperrige Botschaft des Pappschildes vorm Stockholmer Reichstag „Skolstrejk för klimatet“ den Globus mit dem ihr zu eigen gemachten Alarmismus. Die Geburtsstunde der Heiligen Gretl, der apokalyptischen Reiterin des Weltuntergangs, der mystischen Seherin des Nordens, dem neuen goldenen Kalb der gegenwärtigen Zivilisation ward geschehen. Aus Skolstrejk wurde „Fridays for future“, aus der anfangs gedachten Selbstbehandlung depressiver Verstimmungen bei Minderjährigen, wurde eine globale Bewegung renitenter Schulschwänzer. Die Apostel dieser Katastrophenbewegung waren rasch gefunden, denn eingepflichtete Angst ist ein hervorragender Magnet so manch populistischer Bewegung. In das geistige Vakuum unserer orientierungs-, geist- und herkunftslosen Gesellschaft implementierte sich exakt 50 Jahre nach 1968 eine neue Befreiungsarmee mit klarer politischer Agenda, der sich die gesamte Menschheit unterzuordnen hat. Weltweit versammeln sich die Eliten, die Medien, die Wirtschaft und selbst Kirchen hinter der Anführerin der nahenden Zöpferdiktatur und verkünden im Namen, nicht des Herrn sondern des Klimas den neuen Puritanismus, den Rückbau menschlichen Genies und Erfindungsgeist, den verordneten Eingriff ins individuelle Leben. Das Glaubensmantra ist die Einschränkung der persönlichen Freiheit zugunsten der abstrakten Besänftigung des Klimas. Jede noch so geringe Wetterkapriole, jeder Wechsel der Jahreszeiten, jedes Hochwasser, jeder gelegte Waldbrand ist dem Klimawandel geschuldet, dient als Argumentation für weitreichende Maßnahmen, ist Brandbeschleuniger der Hysterie für eine neue, politisch korrekte Planwirtschaft: CO2 Steuern, Ernährungsregeln, zentralistische Landwirtschaft, Bevormundung, Entmündigung, das Ende des Individualverkehrs, Verkehrsabgabe, CO2-neutraler Atomstrom, die Diktatur der GrünInnen. Aber diese Maßnahmen sind nur die vordergründig verkündete Ouvertüre für die wahre Absicht, das Grande Finale: Die Bewältigung der aus dem verkündeten Klimawandel verursachten Klimaflüchtlinge von denen es aktuell 500 Millionen und dank fulminanter Geburtenraten täglich tausende mehr gibt. Und hier sind wir bereits bei der Lüge dieser neuen, populistischen Bewegung, bei der eigentlichen Mutlosigkeit, bei der gezielt unterdrückten Wahrheit. Wenn der von Gretl und ihren Anhängern beschworene Klimawandel Menschen gemacht ist stellt sich die Frage, wie die Welt den Anstieg auf knapp 8 Milliarden Bürgern bei gleich bleibenden Ressourcen überhaupt aushält? Wie diese Umwelt auf 10, auf 15 Milliarden Menschen reagiert. Die Antwort darauf wäre eine sofortige Einschränkung des Anstiegs der Weltbevölkerung, gerade in bevölkerungsreichen Regionen. Aber das passt nicht ins linksideologische Konzept der Ökoterrorenisten, der GrünInnen, nicht in politische Agenda Gretls und ihren ökonomischen Unterstützern, deren Glaubenswahrheit das Wachstum ist und sei es auch nur das ihres eigenen Bankkontos. Denn diese leben von der Angst und die Angst kann nur bei einer Nichtbehebung des Problems aufrecht erhalten werden.

SO VIEL GABEN STADT WIEN UND REGIERUNG FÜR INSERATE AUS

Massiver Anstieg

Die Regierung hat im dritten Quartal 2020 ordentlich an der Werbetrommel gerührt. Allein das Bundeskanzleramt ist für ein Drittel der Werbekosten der Regierung verantwortlich. Großer Gewinner der Millionen-Inserate: Der Rechtsboulevard.

Die öffentliche Hand hat im dritten Quartal 2020 rund 51 Mio. Euro für Werbung ausgegeben. Das geht aus den am Dienstag von der RTR veröffentlichten Medientransparenzdaten hervor. Rund 14,7 Mio. Euro davon gingen an die Boulevardzeitungen, 3,3 Mio. an Facebook und Google. Im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres wurde deutlich mehr Geld für Inserate in die Hand genommen: Damals waren es rund 34 Mio. Euro.

Deutlicher Anstieg

Sowohl die Stadt Wien als auch die Bundesregierung gaben deutlich mehr aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bundesregierung warb von Juli bis September um rund 9,9 Mio. Euro (gegenüber 3,6 Mio. Euro 2019). Rund ein Drittel davon kam vom Bundeskanzleramt, das rund 3,2 Mio. Euro investierte. Inclusive seiner Beteiligungen wendete der Bund rund 14,3 Mio. Euro auf.

Die Stadt Wien inklusive ihrer Beteiligungen gab 11,9 Mio. für Werbung aus. Die Bundeshauptstadt für sich betrachtet wendete im Quartal vor der Wien-Wahl rund 7,9 Mio. Euro – und damit deutlich mehr als im dritten Quartal 2019 (knapp 5 Mio. Euro) auf. Die Wirtschaftskammern investierten rund 2,2 Mio. Euro, die Arbeiterkammern rund 730.000 Euro.

Boulevard kassiert ab

Der größte Brocken, nämlich 14,7 Mio. Euro, der Gesamtwerbeausgaben ging wieder an die großen Boulevardmedien: Rund 6,7 Mio. Euro erhielt die „Kronen Zeitung“ (inklusive „Krone Hit“ und „krone.tv“). Rund 2 Mio. Euro davon kamen von der Bundesregierung, rund 1,2 Mio. Euro von der Stadt Wien (ohne Beteiligungen). Insgesamt rund 3,8 Mio. Euro gingen an „Österreich“ (inklusive „oe24“ und „oe24.tv“) – davon kamen rund 1,2 Mio. Euro von der Bundesregierung und rund 850.000 Euro von der Stadt Wien. An „Heute“ flossen 4,2 Mio. Euro, wobei rund 1,2 Mio. Euro von der Stadt Wien kamen und rund 1,4 Mio. von der Bundesregierung. Der ORF erhielt insgesamt 4,9 Mio. Euro.

Auch in Google-Werbung (inklusive Youtube) wurde mit rund 2 Mio. Euro kräftig investiert. Für Werbung auf Facebook und Instagram wurden rund 1,3 Mio. Euro ausgegeben. Damit wurden die Ausgaben für die Onlineriesen gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres deutlich erhöht (rund 1,4 Mio. Euro an Google und rund 800.000 Euro an Facebook).

REGIERUNGSZUFRIEDENHEIT SANK DRAMATISCH

Studie

Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Bundesregierung nahm in den vergangenen Monaten dramatisch ab. Laut einer Studie der Universität Wien sank die Zufriedenheit mit Türkis-Grün seit März von mehr als 75 Prozent auf unter 50 Prozent.

Das „Austria Corona Panel Project“ der Universität Wien untersuchte seit März die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie und der Bundesregierung. Als die Bundesregierung im März die ersten freiheitseinschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus verkündete, war die Zufriedenheit der Österreicher mit der Demokratie und der Regierung außerordentlich hoch. 65 Prozent gaben an, mit der Demokratie „sehr“ oder „eher zufrieden“ zu sein. Nur neun Prozent zeigten sich unzufrieden.

Regierungszufriedenheit bricht ein

Der Regierung selbst standen sogar 76 Prozent positiv gegenüber, nur 14 Prozent sahen Türkis-Grün negativ. Doch mit Fortlauf der Pandemie und dem Zick-Zack-Kurs der Regierung sank das Vertrauen dramatisch. Nach neun Monaten haben nur mehr 44 Prozent der Befragten ein positives Bild von der Regierung. Das ist weniger, als Türkis-Grün in den momentanen Umfragen zugestanden wird. Die ÖVP pendelt je nach Umfrage zwischen 39 und 41 Prozent. Bei den Grünen ist der Abfall noch dramatischer, stehen sie in den Umfragen doch unter dem Wahlergebnis von 2019. Meinungsinstitute sehen den Juniorpartner der Türkisen bei zehn bis 13 Prozent.

Auch Demokratiezufriedenheit sinkt

Doch nicht nur das Vertrauen in die Bundesregierung nahm mit dem fortschreitenden Jahr 2020 ab, auch das Vertrauen in die Demokratie sank merklich.

Von neun Prozent Unzufriedener im März stieg die Zahl bis November auf 23 Prozent. 30 Prozent sehen die Demokratie „Teils-Teils“ und 44 Prozent sind zufrieden.

Zufriedenheit elementar für Mittragen der Maßnahmen

In der Studie der Universität Wien sieht man den Vertrauensabfall kritisch: „Wenn man bedenkt, wie wichtig die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in die Regierung für die weitere Unterstützung und die Einhaltung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind, ist die Gesamtentwicklung kritisch zu sehen. Ein weiterer Rückgang des Vertrauens in die Bundesregierung sowie der Demokratiezufriedenheit könnten dazu führen, daß die Bevölkerung zusehends immer weniger bereit ist, aktiv an der Pandemiebekämpfung mitzuwirken und sich an die Maßnahmen zu halten.“

Ein Drittel der Reiserückkehrer, die in Wien positiv auf das Coronavirus getestet wurden, kommt aus Kroatien.

Das erklärte der Sprecher des Wiener Gesundheitsstadtrats Peter Hacker (SPÖ) am Freitagabend auf Twitter. Gemäß den Zahlen machen Kroatien-Urlauber 31,2 Prozent der in den vergangenen vier Wochen positiv auf das Coronavirus getesteten Rückkehrer in Wien aus.

Aus der Türkei waren es 11,7 Prozent, dem Kosovo 11,3 und aus anderen österreichischen Bundesländern 8,1 Prozent. Personen, die sich im Österreich-Urlaub angesteckt haben, belegen also hinter Kosovo-Rückkehrern Rang vier in dieser Liste, erläuterte der Sprecher, warum Wien auch Reiserückkehrer aus den anderen Bundesländern testet. Platz fünf nimmt in dieser Statistik Serbien ein (6,1 Prozent).

Reiserückkehrer positiv auf Coronavirus getestet

Reiserückkehrer machen 20,3 Prozent der positiven Befunde im August aus, erklärte der Sprecher weiter. „10 ReiserückkehrerInnen lösen etwa 8 Folgefälle aus.“

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 275 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *